

Entstehungskontext, Materialität und Sprachspezifik : Elemente eines empirisch-kulturwissenschaftlichen Umgangs mit Dokumenten aus Prozessen

Autor(en): **Groth, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerisches Archiv für Volkskunde = Archives suisses des traditions populaires**

Band (Jahr): **114 (2018)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-781030>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entstehungskontext, Materialität und Sprachspezifik

Elemente eines empirisch-kulturwissenschaftlichen Umgangs mit Dokumenten aus politischen Prozessen

STEFAN GROTH

Abstract

In politischen Feldern und Prozessen, die in den letzten Jahren verstärkt zu einem empirisch-kulturwissenschaftlichen Forschungsfeld geworden sind, sind Dokumente allgegenwärtig. Während politische Prozesse unter Prämissen der Multilokalität und Komplexität von Akteurskonstellationen und thematischen Verknüpfungen in den Blick genommen werden, bleiben die spezifischen Kontexte, in denen Dokumente entstehen, sowie die Spezifik der Dokumente aus methodisch-analytischer Sicht weitgehend unbeleuchtet. Der Beitrag macht die konkreten Entwurfspraxen, die sprachlichen und performativen Dimensionen von Dokumenten zum Thema, um wesentliche Elemente aufzuzeigen, die bei einem empirisch-kulturwissenschaftlichen Umgang mit Dokumenten aus politischen Prozessen zu berücksichtigen sind.

In politischen Prozessen spielen Dokumente eine Schlüsselrolle:¹ Verträge, Entscheidungen, Übereinkünfte, Abkommen, Resolutionen und Berichte existieren in schriftlicher Form. Einen Grossteil ihrer Autorität und bindenden Wirkung erhalten solche Dokumente durch ihre Permanenz, entweder auf Papier oder in elektronischer Form in virtuellen Archiven. Ohne Zweifel gibt es viele Fälle, in denen, beispielsweise in multi- oder bilateralen Verhandlungen, Kooperationsvereinbarungen aus dem ein oder anderen Grund mündlich und undokumentiert bleiben. Aber Dokumente und ihre Fähigkeit, Transparenz, Rechenschaft, Referenzierbar-

1 Vgl. Bueger, Christian: Pathways to Practice: Praxiography and International Politics. In: European Political Science Review 6/3 (2013), S. 383-406, hier S. 389.

keit, Sicherheit und Nachvollziehbarkeit zu schaffen, sind in politischen Prozessen ein hohes Gut. Ein prominentes Beispiel hierfür sind Klimaverhandlungen oder Friedensgespräche: Was am Ende von langen politischen Treffen oder harten Verhandlungen erreicht worden ist, wird vielfach in gut präsentierbarer Papierform vorgelegt. Die Inszenierung der öffentlichen Unterzeichnung von Dokumenten ist entsprechend ein gängiges mediales Genre, das die Berichterstattung über politische Prozesse illustriert. Der Aufwand, der in die Transkription und Translation von Einlassungen in Sitzungen oder Verhandlungen gesteckt wird, um genaue Protokolle des Gesagten anzufertigen und verfügbar zu machen, sei als weiteres Beispiel für die Zentralität von Dokumenten für politische Prozesse genannt. Die Aktenmässigkeit von Prozessen in Verwaltungen und Institutionen ist, das hat Max Weber bereits 1922 in *Wirtschaft und Gesellschaft* dargelegt, ein zentrales Prinzip moderner Organisationen («Staat, Kirche, Heer, Partei, Wirtschaftsbetrieb, Interessentenverband, Verein, Stiftung und was immer es sei»). Es ist für eine rationale Herrschaftsausübung entscheidend: «Die rein bürokratische, also: die bürokratisch-monokratische aktenmäßige Verwaltung ist nach allen Erfahrungen die an Präzision, Stetigkeit, Disziplin, Straffheit und Verlässlichkeit, also: Berechenbarkeit für den Herrn wie für die Interessenten, Intensität und Extensität der Leistung, formal universeller Anwendbarkeit auf alle Aufgaben, rein *technisch* zum Höchstmaß der Leistung vervollkommenbare, in all diesen Bedeutungen: formal *rationalste*, Form der Herrschaftsausübung.»²

Von rationalen Prozessen in modernen Organisationen wird entsprechend erwartet, dass sie nach gewissen Regeln in aktenmässiger Form vollzogen und dokumentiert werden. In der gegenwärtigen Entwicklungszusammenarbeit wird zum Beispiel vielfach als Grundlage der Kooperation zwischen Empfänger- und Geberländern zunächst darauf hingearbeitet, dokumentarische Verfahren einzuführen, um Transparenz und Rechenschaft zu gewährleisten und Korruption zu verhindern – auch wenn es dabei zum Teil weniger um den Inhalt von Dokumenten geht als darum, die Form zu wahren.³ Dokumente sind nicht nur für weltweite Verwaltungs- und Kollaborationsprozesse zentral, sondern ebenso für die lokalen, nationalen und regionalen Kontexte, in denen Dokumente ausgehandelt, produziert, zirkuliert und rezipiert sowie wirkmächtig werden.

Die textuellen Ergebnisse von Organisationshandeln, politischen Prozessen oder internationalen Verhandlungen werden von beteiligten AkteurInnen und BeobachterInnen genau untersucht, von politischen ExpertInnen oder JournalistInnen analysiert und nicht zuletzt auch von WissenschaftlerInnen betrachtet, die ein Forschungsinteresse an den politischen Prozessen selbst oder an deren Inhalten haben. So dienen Dokumente im Bereich der Erforschung multilateraler Prozesse vielfach als empirische Hauptquelle, zum Beispiel in Form von Berichten, Resoluti-

2 Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1985, 128.

3 Auf diesen Aspekt weist Tobias Berger am Beispiel von lokalen Gerichten in Bangladesch hin, in denen zwar organisatorische Praktiken der Dokumentation von Gerichtsverhandlungen der Form nach übernommen, jedoch anders umgesetzt und gedeutet werden. Vgl. Berger, Tobias: *Global Norms and Local Courts: Translating the Rule of Law in Bangladesh*. Oxford 2017.

onen oder anderen Arten von *policy*-Dokumenten, die dann «Dokumentenanalysen» unterschiedlichen Typs unterzogen werden. Als «ethnographic artifact[s]»⁴ spielen Dokumente in vielen Feldern eine wichtige Rolle, insbesondere in der kulturwissenschaftlichen Erforschung von politischen Prozessen und Strukturen. Dabei ist die strukturierende und gestaltende Wirkung in vielen Kontexten bislang nur unzureichend untersucht worden, trotz eines steigenden Interesses an der Rolle von Dokumenten in der anthropologischen Literatur.⁵ Angesichts der Komplexität ihrer Entstehung, der Zentralität für viele politische Prozesse und ihrer Verwendung als empirische Quelle beleuchtet der vorliegende Artikel einige Aspekte, die bei der Analyse von Dokumenten aus solchen Kontexten berücksichtigt werden müssen. Dabei werden Fragen (1) nach Intention und Kohärenz von Aussagen in Dokumenten, (2) nach dem Entstehungskontext von Dokumenten, (3) nach dem Einfluss von Publika, (4) nach performativen Aspekten von Dokumenten und (5) nach den sprachlichen Spezifika, die bei Dokumentenanalysen zu beachten sind, zum Thema gemacht.⁶ Vordergründig geht es also nicht um die *Inhalte* von Dokumenten (und damit auch nicht um verschiedene Formen qualitativer Inhaltsanalysen von Dokumenten), sondern um Faktoren, die über den Inhalt hinaus für die sozialen, strategischen und performativen Rollen von Dokumenten von Bedeutung sind. Ich arbeite dabei mit Beispielen aus meinen Forschungen zu multilateralen Verhandlungen über traditionelles Wissen und geistige Eigentumsrechte in einer Organisation der Vereinten Nationen sowie zur Kulturpolitik der Europäischen Union.

Intention und Kohärenz

Ein Beispiel für die Rolle von Dokumenten in Arbeiten über politische Prozesse sind Analysen der Kulturpolitik der Europäischen Union. In zahlreichen politik-, aber vermehrt auch kulturwissenschaftlichen Studien in diesem Bereich stehen Dokumente im Zentrum der Analyse. Konventionen, Erklärungen, Protokolle,

4 Riles, Annelise: Introduction: In Response. In: Riles, Annelise (Hg.): Documents. Artifacts of Modern Knowledge. Ann Arbor 2006, S. 1–38, hier S. 1. Die Perspektive, Dokumente nicht nur als zu vernachlässigende Träger von Inhalten zu betrachten, sondern ihre Materialität und ihren Einfluss auf soziopolitische Prozesse zu betonen, kann unterdessen auf weiter zurückliegende theoretische Debatten zurückgreifen. Dazu gehören neben Webers Bürokratiebegriff in stärkerem Masse noch die Ausführungen der Frankfurter Schule zur «verwalteten Welt» und zum «Primat der Administration», nach denen sich nicht nur dokumentarische Praktiken, sondern auch Dokumente als Handlungsträger verselbstständigen können. Vgl. zum Beispiel Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften, Bd. 7: Ästhetische Theorie. Frankfurt am Main 1996, bes. S. 372. Auch in der empirisch-kulturwissenschaftlichen Sachkulturforschung ist diese Perspektive auf Dokumente angelegt, jedoch insbesondere für Dokumente aus und in politischen Prozessen nicht explizit oder systematisch verfolgt worden.

5 Darauf hin weist zum Beispiel: Leimgruber, Walter: Akten: Die gesellschaftliche Kraft eines Verwaltungsinstruments. In: Walter Leimgruber, Claudia Kaufmann (Hg.): Was Akten bewirken können. Zürich 2008, S. 7–17, hier S. 7.

6 Diese Fragen sind in Ergänzung zu den grundlegenden quellenkritischen Prämissen zu verstehen, die sich in den empirischen Kulturwissenschaften insbesondere aus dem Umfeld der historisch-archivalischen Methode entwickelt haben. Vgl. beispielsweise Götttsch, Silke: Archivalische Quellen und die Möglichkeiten ihrer Auswertung. In: Silke Götttsch, Albrecht Lehmann (Hg.): Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen, Arbeitsweisen der Europäischen Ethnologie. Berlin 2001, S. 15–32.

mission statements, Presseerklärungen oder *policy*-Richtlinien dienen als textuelle Repräsentationen, die als Grundlage für Aussagen über die darin enthaltenen Konzepte von Kultur, deren Reichweite und die dahinterstehenden Intentionen referenziert werden:⁷ die Nutzung des Kulturkonzeptes in Dokumenten in Feldern wie der Wirtschafts- oder Bildungspolitik, der Tourismus- oder der Kulturerbeförderung wird dabei als Indikator für die Art und Weise gesehen, wie Kultur ideologisch oder intentional von «der» Europäischen Union oder spezifischen EU-Gremien positioniert wird.⁸ Diese Herangehensweise wirft nun die ganz grundlegende und im Folgenden zu behandelnde Frage auf, ob es möglich ist, Annahmen über *Kohärenz* und *Intention* zu treffen, wenn beispielsweise die Verwendung des Kulturkonzeptes in solchen Dokumenten untersucht wird. Gibt es entsprechend eine *kohärente* kulturpolitische Strategie hinter der Positionierung des Kulturkonzeptes, die zum Beispiel auf die Stärkung der europäischen Identität gerichtet ist und in verschiedenen Dokumenten zum Ausdruck kommt? Und wird diese Strategie von allen oder vielen AkteurInnen in den zahlreichen Gremien, Komitees und Unterorganisationen der EU geteilt? Oder stehen divergente Positionen, konfligierende Interessen und fragmentierte Strategien hinter der Verwendung des Kulturbegriffs? Wie kohärent und wie klar definiert sind entsprechend kulturpolitische Strategien der Europäischen Union und ihrer verschiedenen Untergremien und Abteilungen? Und, wenn rechtlich bindende und von allen Mitgliedern abgesegnete Beschlüsse über solche Strategien vorliegen und diese damit prozedural abgesichert sind: Wie eindeutig sind diese Beschlüsse und wie viel Spielraum bieten Formulierungen, Richtlinien und Ziele für die Umsetzung und Interpretation der Strategien?⁹

Zudem ist es notwendig, Vorannahmen über die Gerichtetheit der Verwendung des Kulturkonzeptes in solchen Dokumenten zu reflektieren: die Annahme, dass es *Intentionen* gibt, die dann in geronnener Form in Entscheidungen, Konventionen oder anderen Publikationen der verschiedenen EU-Gremien aufscheinen und

7 Vgl. Groth, Stefan: EU/Kultur: Zu Flexibilität und Kohärenz des Kulturbegriffes im Rahmen europäischer Kulturpolitik. In: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde 61 (2016), S. 205–224.

8 Siehe Groth, Stefan; Bendix, Regina F.: Culture as a Flexible Concept for the Legitimation of Policies in the EU. In: Haidy Geismar, Jane Anderson (Hg.): The Routledge Companion to Cultural Property. London 2017, S. 315–338, hier S. 315.

9 Die Annahme der direkten Zugänglichkeit textueller Repräsentationen, die in diesen Fragen anklingt, ist in den Kulturwissenschaften spätestens seit der *writing culture*-Debatte problematisiert worden. Vgl. Fabian, Johannes: Time and the Other. How Anthropology Makes Its Object. New York 1983. Dabei geht es weniger um Dokumente als Quellen denn darum, die Subjektivität und Gerichtetheit anthropologischer Texte, insbesondere ethnografischer Monografien, in den Blick zu nehmen und damit positivistische Ansprüche an textuelle Repräsentationen zu unterlaufen. Die subjektive Färbung, Ansprüche auf Neutralität, Objektivität oder Repräsentativität wie auch die Festschreibung dynamischer soziokultureller Prozesse in kulturwissenschaftlichen Texten werden im Zusammenhang der Krise der ethnografischen Repräsentation kritisiert. Indem so die Genese ethnografischer Texte reflektiert worden ist, sind auch weiter reichende Fragen um Textualität und die Aussagekraft von Texten aufgeworfen worden. Im Rahmen der linguistischen Anthropologie sind diese und weiterführende Fragen unter anderem in der Debatte um Text und Kontext thematisiert worden. Einführend dazu: Duranti, Alessandro; Goodwin, Charles (Hg.): Rethinking Context: Language as an Interactive Phenomenon. Cambridge, 1992.

damit les- und analysierbar werden,¹⁰ ist aus mehreren Gründen problematisch. Sie setzt voraus, dass Entscheidungen eindeutig sind, nicht mehrdeutig formuliert werden und entsprechend als Grundlage für wörtliche Interpretationen von Aussagen, zum Beispiel über die Relevanz von Kultur für die Kohäsion oder Identität der Europäischen Union, dienen können. Eine solche Sichtweise vernachlässigt strategische Implikationen und Mehrdeutigkeiten, die Dokumenten inhärent sind – das haben Forschungen über Praktiken des Entwurfs von Texten in politischen Prozessen oder generell über Dokumente in bürokratischen Organisationen gezeigt.¹¹

Dokumente in politischen Kontexten sind nur in Ausnahmefällen so formuliert und gestaltet, dass sie Aussagen um Kommentare über Absichten und spezifische Interessen ergänzen; und auch dort, wo Gedanken zu politischen Zielen und Intentionen präzisiert werden, ist zu fragen, inwieweit solche Ausführungen durch strategische Überlegungen gefärbt sind. Alessandro Duranti hat in seinen ethnologischen Arbeiten zu pazifischen Gesellschaften darauf hingewiesen, dass «reading other minds» mit beträchtlichen Vorannahmen befrachtet ist. Intentionalität direkt aus Aussagen abzulesen widerspricht demnach der «opacity doctrine» in alltagskulturellen Kontexten, nach der die Gedankenwelt anderer AkteurInnen zunächst einmal opak ist und sich deren Absichten nur schwer interpretieren lassen.¹² Das trifft nicht nur für sprachliche Äußerungen in konkreten Interaktionssituationen zu, sondern ist ebenso der Fall für *policy*-Analysen, die sich mit Dokumenten beschäftigen. John A. Codd kritisiert in diesem Zusammenhang einen «technical-empiricist approach» zu Dokumenten, der die Inhalte von Dokumenten als leicht ablesbare politische Intentionen versteht. Mit dem Aspekt der Intentionalität ist ein erkenntnistheoretisches wie auch ein methodisches Problem angesprochen. Erkenntnistheoretisch ist mit dem Aspekt der Unmöglichkeit des «reading other minds» auch die Annahme verbunden, dass Sprache kein «neutral medium» (Bakhtin)¹³ oder «transparent vehicle for the transmission of information, thoughts and values»¹⁴ ist, sondern immer auch mit Kontradiktionen, Mehrdeutigkeiten und Auslassungen verbunden ist. Eine solche materialistische Konzeption von Sprache schliesst zwar nicht die Möglichkeit von Aussagen über Intentionen aus, aber sie verweist auf die Notwendigkeit, Sprache und Sprachverwendungen in konkreten Kontexten und dialogischen Situationen zu untersuchen.

10 Diese Annahme liegt beispielsweise dann vor, wenn in Analysen von Dokumenten aus politischen Prozessen die Formulierung politischer Zielsetzungen oder Absichten wörtlich interpretiert wird.

11 Vgl. zum Beispiel: Hull, Matthew S.: Documents and Bureaucracy. In: *Annual Review of Anthropology* 41/1 (2012), S. 251–267; Gupta, Akhil: Red Tape. Bureaucracy, Structural Violence, and Poverty in India. Durham 2012; Hertz, Ellen: Excessively Up at the International Labour Organisation: Notes on «Note on the Proceedings TMITI/2007/10». In: *MAPS Working Paper Series* 9, S. 1–21; Müller, Birgit; Cloiseau, Gilles: The Real Dirt on Responsible Agricultural Investments at Rio+20: Multilateralism Versus Corporate Self-Regulation. In: *Law & Society Review* 49/1 (2015), S. 39–67.

12 Siehe Duranti, Alessandro: Further Reflections on Reading Other Minds. In: *Anthropological Quarterly* 81/2 (2008), S. 483–494.

13 Bakhtin, Mikhail M.: *The Dialogic Imagination. Four Essays*. Austin 1981, S. 294.

14 Codd, John A.: The Construction and Deconstruction of Educational Policy Documents. In: *Journal of Education Policy* 3/3 (1988), S. 235–247, hier S. 237–238.

Das schliesst an das methodische Problem an: Dokumente sind textuelle Repräsentationen von Performanzen: sie müssen zunächst produziert werden und die Bedingungen, unter denen sie produziert werden – ihre Entstehungskontexte –, müssen beim Umgang mit und der Analyse von Dokumenten berücksichtigt werden. Was in Dokumente einfließt – bezüglich ihres Inhaltes, aber auch ihre Form betreffend – ist zugleich Ergebnis und Gegenstand von Verhandlungen (im engen Sinn von Verhandlung, aber auch im weiteren Sinn, dass mehrere AkteurInnen Inhalt und Form in alltagsweltlichen Kontexten aushandeln). Prozesse, in denen Text verhandelt und produziert wird, erstrecken sich zudem auf performative Aspekte wie Stil, sprachliche Codes und Register, Rhetoriken oder Genres. Die Rechtslinguistik hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Ambivalenzen und Ambiguitäten in rechtlichen Dokumenten häufig vorkommen, insbesondere in transnationalen und multilateralen Kontexten.¹⁵ Dokumente haben pragmatische Qualitäten: Durch sie wird in Verwaltungsprozessen Ordnung hergestellt,¹⁶ sie informieren, vermitteln, klassifizieren, werten, prägen Wahrnehmungen und erzeugen Legitimität.¹⁷ Entsprechend handelt es sich bei der Produktion und Zirkulation von Dokumenten nicht um den «neutralen» oder «transparenten» Austausch von Informationen, sondern um strategische Koproduktionen und kontingente Interaktionen.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde erscheinen Kohärenz und Intention als unsichere Ausgangspunkte für eine Dokumentenanalyse über die Verwendung des Kulturkonzeptes im Kontext der Europäischen Union und darüber hinaus. Im Sinn eines kritischen Umgangs mit Dokumenten, die aus politischen Prozessen hervorgehen, wäre ein ethnografisches Herangehen an die konkreten Entwurfspraktiken von *policy*-Texten methodisch angezeigt, das die Aushandlungsprozesse in den Blick nimmt, deren Resultat Texte und Dokumente sind. Zentral hierfür sind die folgenden Fragen: Wie sind Verhandlungsprozesse gestaltet, in denen beispielsweise der Kulturbegriff referenziert und in Dokumenten genutzt wird? Wie sind Sprechakte situiert und wie werden sie in politische Texte übersetzt? Wie sind die zugehörigen politischen Prozesse in komplexen Konstellationen von AkteurInnen und Interessen verortet? Zudem ist danach zu fragen, in welchen Kontexten wie mit dem Kulturbegriff argumentiert wird, um so auch die breiteren Diskussionen mit in den Blick nehmen und somit beispielsweise Aussagen über gemeinsame Merkmale der Verwendung des Kulturkonzeptes im Rahmen der EU und in der

15 Vgl. Bhatia, Vijay K.; Engberg, Jan; Gotti, Maurizio; Heller, Dorothee (Hg.): *Vagueness in Normative Texts*. Bern 2005.

16 Darauf hin weist im Rahmen grundsätzlicher Überlegungen zu Akten zum Beispiel: Tanner, Jakob: *Akteure, Akten und Archive*. In: Walter Leimgruber, Claudia Kaufmann (Hg.): *Was Akten bewirken können*. Zürich 2008, S. 161–170.

17 In Analogie zu Austins «How to do things with words» sprechen sowohl Lindsay Prior als auch Barry Smith von «How to do things with documents», um auf diese interaktionalen und pragmatischen Qualitäten von Dokumenten hinzuweisen. Vgl. dazu: Prior, Lindsay: *Using Documents in Social Research*. London 2003; Smith, Barry: *How to Do Things with Documents*. In: *Rivista di estetica* 50 (2012), S. 179–198.

Kollaboration zwischen unterschiedlichen Organisationen und Kontexten treffen zu können.

Das betrifft auch Annahmen über Institutionen und politische Prozesse selbst: Die Produktion und Verbreitung von Dokumenten hängt immer auch von Strukturen und Praktiken ab, die in institutionellen oder politischen Settings üblich und legitim sind. Die Spezifika einer Organisation oder eines bestimmten politischen Feldes beeinflussen die Form von Dokumenten ebenso wie deren Aushandlung und Produktion. Dokumente wie diejenigen über die Kulturpolitik der Europäischen Union sind damit nicht notwendigerweise etwas, über das entschieden worden ist. Vielmehr können sie als Ergebnisse eines komplexen Spiels unterschiedlicher institutioneller Strukturen und politischer Prozesse verstanden werden, in denen eine mehrdeutige und nicht bindende Sprache bevorzugt wird, um mit einem Mangel an Konsens und mit divergierenden Sichtweisen umzugehen. Entscheidungen und Beschlüsse sind nach einer solchen Lesart entsprechend nichtindikativ für kohärente Strategien oder Absichten von AkteurInnen, sondern verweisen zunächst auf Entstehungskontexte von Dokumenten, bei denen danach gefragt werden muss, wie sie genau gestaltet sind.

Verweise auf «Kultur» in EU-Dokumenten sind vor allem mehrdeutig und flexibel.¹⁸ Es gibt nur eine begrenzte Kohärenz und zudem eine grosse Flexibilität in Referenzen auf das Kulturkonzept, also keine einheitliche Verwendung von Definitionen, Begriffen oder Strategien. Dies macht es schwierig, Aussagen über die Gerichtetheit und Intentionalität der Verwendungen zu machen. Referenzen auf das Kulturkonzept in der europäischen Kulturpolitik können entsprechend auch an multiple Publika gerichtet sein, durch sie können divergierende Interessen und Machtkonstellationen zum Ausdruck kommen, sie können jedoch nicht auf eindeutige Begriffe von Kultur oder direkte Intentionen zurückgeführt werden.¹⁹ Dies erfordert einen Umgang mit Dokumenten, der diese unterschiedlichen Aspekte, die zu einem solchen Status von Dokumenten führt, reflektiert.

Entstehungskontexte

Ein wesentlicher Bestandteil eines solchen Umgangs betrifft die Analyse des Entstehungs- oder Produktionskontextes von Dokumenten. In welchem Setting, wie und von wem werden Dokumente produziert, welche Aushandlungsprozesse spielen dabei eine Rolle und wie fließen frühere Debatten und Wissensbestände in die Produktion von Dokumenten ein? Diese Faktoren beeinflussen den Verlauf und die Ergebnisse von Verhandlungen und politischen Prozessen. Ihre Effekte und ihre Bedeutung werden jedoch nicht direkt in Dokumenten, zum Beispiel in Verhandlungsprotokollen, vermittelt und sind nicht direkt aus ihnen abzulesen. Indem Performanzen als Diskursfragmente aus ihren Entstehungskontexten herausgelöst

18 Groth/Bendix, Culture as a Flexible Concept (Anm. 8), S. 329–331.

19 Vgl. Groth, EU/Kultur (Anm. 7), S. 206.

werden, werden sie in Dokumenten «entextualisiert»,²⁰ erlangen Mobilität und können zwischen unterschiedlichen Foren und Publika migrieren. Performanzen wie Stellungnahmen in Verhandlungen oder das Aushandeln von Text in Abteilungen von Organisationen sind in situativen Kontexten und in sozialen Situationen verankert. In Prozessen der Entextualisierung werden Dokumente als «bounded objects»²¹ produziert, die nicht unmittelbar mit dieser performativen Emergenz verknüpft sind. Der spezifische Kontext, in dem sie in politischen Prozessen ausgehandelt und produziert werden, wird damit bis zu einem gewissen Grad gelöscht. Aus einer analytischen Perspektive müssen solche Prozesse der Entextualisierung und Dekontextualisierung untersucht werden, um zu verstehen, wie Dokumente produziert werden und in welchem Ausmass performative Aspekte des Entstehungskontextes Verhandlungen oder andere politische Prozesse beeinflussen.

Entextualisierung kann jedoch auch als Strategie in politischen Prozessen genutzt werden. Eine solche Strategie ist es, Diskursfragmente «on the record» zu stellen und damit aktenkundig zu machen. Die Verwendung bestimmter Wendungen und Ausdrücke in Statements kann als Referenzpunkt oder Präzedenzfall für spätere Verhandlungen oder für andere Foren dienen. Wenn zum Beispiel Definitionen von verhandelten Gegenständen eingeführt werden, dann werden diese in Sitzungsprotokollen verschriftlicht und entextualisiert. Sie können sodann als Präzedenzfälle zu späteren Verhandlungs- oder Debattenzeitpunkten erneut referenziert werden, um Argumente zu verstärken. Zudem können politische Konzepte in Statements skizziert werden, um in anderen Institutionen oder Kontexten auf ihre entextualisierte Form zu verweisen. Durch ihr Vorkommen in offiziellen Dokumenten, zum Beispiel auf internationaler Ebene, erhalten sie Autorität, zum Beispiel auf lokaler Ebene. Die offizielle Erwähnung in Dokumenten, sei es durch Definition, politische Konzepte oder die bloße Nennung, kann Legitimität für Delegierte, Organisationen oder Positionen kreieren, indem sie Beweis ist für die geleistete Repräsentation oder Interessenvertretung. Ein Beispiel hierfür ist ein Statement der Delegation von Trinidad und Tobago im Rahmen internationaler Verhandlungen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum der Vereinten Nationen über traditionelles Wissen. In einer Diskussion, in der es darum ging, eine mögliche rechtliche Definition von Folklore («traditional cultural expressions») zu formulieren, schlug die Delegation einen Absatz über «works of mas» vor. «Mas», kurz für «masquerade», bezeichnet in der englischsprachigen Karibik, vor allem aber in Trinidad und Tobago, Kostüme, die im Karneval getragen werden; «works of mas» bezieht sich entsprechend auf Kostümentwürfe und mit ihnen verbundene Choreografien. Dass eine solche spezifische Form von Kostümen und mit ihnen verbundene Praktiken in einer knappen rechtlichen Definition von Folklore im Rahmen der Vereinten Nationen keine gesonderte Erwähnung finden wird, war der

20 Vgl. für eine Einführung in den Begriff der Entextualisierung: Bauman, Richard; Briggs, Charles L: Poetics and Performances as Critical Perspectives on Language and Social Life. In: Annual Review of Anthropology 19/1 (1990), S. 59–88.

21 Park, Joseph Sung-Yul; Bucholtz, Mary: Introduction. Public Transcripts: Entextualization and Linguistic Representation in Institutional Contexts. In: Text and Talk 29/5 (2009), S. 485–502, hier S. 485.

Delegation dabei durchaus bewusst. Durch ihr Statement fanden Begriff und Konzept jedoch Eingang in die Verhandlungsdokumentation und weitere Dokumente der Organisation auf internationaler Ebene – sie wurden entsprechend entextualisiert und somit in anderen nationalen und regionalen Kontexten referenzierbar. Den «works of mas» aus Trinidad und Tobago kommt so eine grössere Sichtbarkeit zu und auf nationaler Ebene kann darauf verwiesen werden, dass durch VertreterInnen der verantwortlichen Institutionen auf die Stärkung dieser Ausdrucksform hingearbeitet wird.²² Diese Faktoren, welche die Nennung von «mas» in Dokumenten der Weltorganisation für Geistiges Eigentum zum Resultat haben, sind aus den Dokumenten selbst nicht ablesbar. Sie zeigen sich erst über die ethnografische Kontextualisierung. Beim Umgang mit Dokumenten in politischen Prozessen muss die Tatsache, dass Diskurs als Text aus seinem Kontext herausgelöst wird und zwischen verschiedenen Kontexten migrieren kann, berücksichtigt werden. Dokumente sind nicht Absichten und Entscheidungen, die zu Texten gemacht werden, sondern Produkte von Performanz in Kontexten. Prozesse der Entextualisierung müssen nachverfolgt werden, um verstehen zu können, wie Dokumente produziert, zirkuliert und rezipiert oder wie sie genutzt werden, um Verbindungen zwischen verschiedenen Foren oder Themen herzustellen.

Dies ist auch von Bedeutung, da Sprechakte in der Produktion von Dokumenten immer situiert sind: Sie sind in grössere Kontexte eingebettet, zu denen kommunikative Konventionen, die HörerInnen- und LeserInnenschaft, spezifische sprachliche Register oder auch verfügbare Kanäle der Kommunikation gehören. Die Interpretation wie auch die Äusserung von Statements hängen von einer Vielzahl von situierten Faktoren ab, die berücksichtigt werden muss, wenn diese analysiert werden sollen – sowohl in Form von Dokumenten als auch in den konkreten Interaktionsmomenten. Äusserungen müssen dabei zum Beispiel eine Reihe von Bedingungen erfüllen, um auch erfolgreich zu sein. Sie müssen also auf eine Art und Weise getan werden, die im jeweiligen Kontext angemessen sind. Diese Kriterien der Angemessenheit (*felicity conditions*)²³ und ein Bewusstsein für den Kontext kommunikativer Situationen sind wesentlich für eine Analyse von Äusserungen in politischen Prozessen und in den Dokumenten, die aus ihnen resultieren. Dies trifft insbesondere für die Äusserung von normativen Forderungen zu, zum Beispiel über Teilnahme und Entscheidungsbefugnisse in Verhandlungen und anderen politischen Prozessen. Die komplexe Eingebettetheit von normativen Forderungen in Verhandlungen begünstigt einen Wechsel zu einer impliziten Ethik oder impliziten Gerechtigkeitsforderungen.²⁴ So erfordern Gesuche um stärkere

22 Feldnotizen der 17. Sitzung des «Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Traditional Knowledge, Traditional Cultural Expressions and Genetic Resources» der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), Genf, 6.–10. 12. 2010.

23 Für einen Überblick über diese Kriterien im Kontext von Austins Sprechakttheorie vgl. Austin, John L.: *How to Do Things with Words*. Cambridge 1975, hier S. 14–15.

24 Auf diese Dynamik am Beispiel von Verhandlungen um traditionelles Wissen weisen hin: Groth, Stefan; Döpking, Lars: *Clustering Justice. Über normative Dimensionen kulturellen Eigentums*. In: Stefan Groth, Regina F. Bendix, Achim Spiller (Hg.): *Kultur als Eigentum. Instrumente, Querschnitte und Fallstudien*. Göttingen 2015, S. 413–444, hier S. 436–440.

Mitbestimmungsrechte an Verhandlungen auf internationaler Ebene ein hohes Mass an kommunikativer Kompetenz, um erfolgreich zu sein: allzu explizite und direkte Forderungen können leicht gekontert und mit Verweis auf formalisierte Regeln der Verhandlung abgewiesen werden; oftmals sind daher implizite und indirekte Forderungen nach grösserer Mitbestimmung über die Bildung von Koalitionen oder den Versuch, Unterstützung für einzelne Forderungen zu erhalten, deutlich erfolgreicher. Während es beim ersten Blick in Verhandlungsprotokolle also scheinen kann, als gäbe es keine normativen Forderungen, können die Untersuchung der komplexen Beziehungen zwischen unterschiedlichen normativen und nichtnormativen Äusserungen und eine Kontextualisierung von Sprechakten Auskunft darüber geben, ob diese allenfalls nicht explizit, sondern implizit und indirekt gestellt werden.

Publika

Mit dem Entstehungskontext von Dokumenten ist eine weitere Frage eng verknüpft: Wer schreibt für wen? Die konkreten AkteurInnen oder Akteursgruppen, die Dokumente verfassen, deren unterschiedliche Kompetenzen, Befugnisse und Interessen sind für Form und Inhalt ein ganz wesentlicher Aspekt. Aaron V. Cicourel hat zu Status und Rolle von VerfasserInnen von Dokumenten ausgeführt, dass diese einen Einfluss auf den Grad der Kodierung und Färbung haben: «Wenn der Forscher danach strebt, schriftliche Dokumente zu analysieren, muss er eine Entscheidung über den Abstraktionsgrad fällen, um so das Ausmass zu erkennen, in dem sie vom Verfasser (verschlüsselt) sind, und den Grad, in welchem sie wörtliche oder redigierte Fassungen beobachteter Aktivitäten, Vermutungen und implizite oder explizite Folgerungen des Verfassers oder anderer Personen sind. Dabei muss der Forscher den Interaktionskontext und dessen (Status-Rolle)-Komponenten rekonstruieren.»²⁵

In politischen Prozessen sind die konkreten VerfasserInnen von Dokumenten oftmals opak, sei es, weil sie als Teil einer grösseren Organisation Dokumente nur im Auftrag kompilieren oder weil eine möglichst «neutrale» und nicht subjektiv geprägte Darstellung angestrebt wird. Die Erforschung der Entstehungskontexte kann in dieser Hinsicht dabei helfen, die unterschiedlichen Modi der Autorschaft von Dokumenten genauer zu beleuchten. Die sozialen Interaktionen, die zur Produktion von Dokumenten führen – Komitee- und Gremiensitzungen, aber auch MitarbeiterInnen von Organisationen oder ExpertInnen, die Informationen zusammenstellen, Standpunkte kompilieren und Strategiepapiere entwerfen –, sind ein Aspekt, der Berücksichtigung finden muss, wenn Dokumente zur Quelle empirisch-kulturwissenschaftlicher Forschung werden. Sie werden unter anderem von spezifischen sprachlichen Registern geprägt, also zum Beispiel von juristischer Fachsprache, diplomatischen Repertoires oder technischem Jargon. Dazu kommen

25 Cicourel, Aaron V.: Basisregeln und normative Regeln im Prozess des Aushandelns von Status und Rolle. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): *Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit*. Wiesbaden 1980, S. 147–188, hier S. 148.

die kommunikative Kompetenz bezüglich der Nutzung und Interpretation dieser Register und die Tatsache, dass sie von Institution zu Institution und von Kontext zu Kontext wechseln. Dies kann auch die Rolle der HörerInnen- und LeserInnenschaft in politischen Prozessen beinhalten. Deren Zusammensetzung beeinflusst die Art und Weise, wie AkteurInnen sprechen, welche Wörter sie nutzen und wie sie bestimmte Sachverhalte oder Anliegen formulieren. Das ist auch dann der Fall, wenn ein bestimmtes Publikum gar nicht direkt adressiert wird, aber beispielsweise ein direkter Konflikt vermieden oder Kooperationen angebahnt werden sollen. Ein Beispiel hierfür sind Verhandlungen über traditionelles Wissen und geistige Eigentumsrechte, in denen indigene Gruppen direkt als Teilnehmer oder Beobachter anwesend sind. Die sprachlichen Register, die benutzt werden, verschieben sich in solchen Fällen, um der Anwesenheit von indigenen Gemeinschaften Rechenschaft zu tragen oder um deren normative Forderungen nicht (zu) direkt abzuweisen. In Sitzungsprotokollen, die Statements von Delegationen und Verhandlungsentscheidungen reproduzieren, ist dieser Aspekt nicht notwendigerweise sichtbar. Dennoch kann er den Diskurs, eingedenk der Wortwahl, spezifischer Formulierungen oder der Direktheit von Aussagen, und die aus ihm resultierenden Dokumente deutlich beeinflussen.²⁶ So kann sich in Sitzungsprotokollen das verwendete Vokabular, die Direktheit oder Mehrdeutigkeit von Aussagen und die Berücksichtigung von Partikularinteressen indigener Gemeinschaften ändern, wenn sich die Zusammensetzung des Publikums ändert – das heisst in diesen Fällen jedoch nicht zwingend, dass sich auch die Positionen der beteiligten AkteurInnen geändert haben.

Sprachliche Performanzen und ihre Textualisierungen in Dokumenten können zudem an ein Publikum gerichtet sein, das während politischer Verhandlungen oder Debatten gar nicht zugegen ist. Beispiele hierfür sind die Zivilgesellschaft, bei internationalen Verhandlungen politische AkteurInnen der Innenpolitik²⁷ oder andere Stakeholder, die in den Kontexten, in denen Äusserungen getan werden, nicht anwesend sind, aber dennoch über Entscheidungen und Prozesse informiert werden. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Begriffe oder Debatten vor allem aufgrund ihres potenziellen Einflusses auf diese abwesenden Publika referenziert werden und nicht etwa wegen ihrer Bedeutung für spezifische Verhandlungen. Auch wenn bestimmte Äusserungen also auf den ersten Blick nichts mit dem konkreten Thema eines Dokumentes zu tun haben, können sie auf anderer Ebene durchaus eine wichtige Funktion haben.

Aussagen an unterschiedliche Publika zu richten ist ein performativer Aspekt von Verhandlungen, der verloren gehen kann, wenn in konkreten sozialen Situationen verankerte Sprechakte in Dokumenten entextualisiert werden. Bei der Analyse von Dokumenten aus *policy*-Prozessen ist dieser Faktor mitzudenken: Für wen ist ein Dokument geschrieben, an wen richtet es sich? Dieses Element einer klassischen Quellenkritik potenziert sich in aktuellen politischen Prozessen durch die

26 Vgl. Groth, Stefan: *Negotiating Tradition*. Göttingen 2012, hier S. 41–48.

27 Vgl. den grundlegenden Artikel zum Verhältnis zwischen Innenpolitik und diplomatischen Beziehungen: Putnam, Robert D.: *Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games*. In: *International Organization* 42/3 (1988), S. 427–460.

einfachere Verfügbarkeit von Dokumenten in Online-Archiven von Organisationen und durch Demokratisierungsentwicklungen, welche die Anzahl potenziell interessierter AkteurInnen deutlich vergrößert. So haben nationale Nichtregierungsorganisationen Zugriff auf Verhandlungsprotokolle internationaler Organisationen, die sie im Rahmen ihrer Arbeit medialisieren und leicht an politisch Interessierte weiterverbreiten können; das «Leaken» von internen Protokollen im Rahmen der TTIP-Verhandlungen oder von geheimen NSA-Dokumenten kann beispielhaft dafür stehen, dass auch interne Dokumente ein grösseres und anderes Publikum erreichen können, als intendiert.

Performativität von Dokumenten

Zusätzlich zur Frage der Konstruktion von Dokumenten stellt sich damit die Frage der Rezeption. Nicht nur die Art und Weise, wie Dokumente ausgehandelt, verfasst und publiziert werden, sondern auch wie sie gelesen, verstanden, interpretiert und zirkuliert werden, ist für ein Verständnis der Rolle von Dokumenten in *policy*-Prozessen (und darüber hinaus) wichtig. Dokumente haben strukturierende Kraft, sie beeinflussen die Sichtweise auf politische Settings, wenn sie als vorbereitendes Material zirkulieren; sie regeln den Ablauf und Inhalt von Sitzungen²⁸ und richten den Blick auf bestimmte Aspekte. Olaf Zenker argumentiert am Beispiel der süd-afrikanischen «Freedom Charter», dass Dokumente in politischen Prozessen wie Demokratisierungsbewegungen über Jahrzehnte hinweg als Referenzpunkt wirkmächtig sein können und politische Mobilisierungskraft haben.²⁹ Die konkreten textuellen Inhalte können in den Hintergrund treten zugunsten der Qualität als «bounded object»,³⁰ auf das unterschiedliche AkteurInnen Bezug nehmen können, um sich zu organisieren, Forderungen zu stellen und zu legitimieren. Der Umgang mit Dokumenten informiert über deren Bedeutung und Relevanz. In der Methodendiskussion über Dokumente ist dabei zum einen betont worden, dass Dokumente als Artefakte³¹ in politischen und bürokratischen Prozessen nicht nur der Über- und Vermittlung von Informationen und der neutralen Dokumentation von Inhalten dienen (was Dokumente «sagen»), sondern dass sie überdies als Agenten in Handlungsnetzwerken verstanden werden können, die ein Eigenleben entwickeln (was Dokumente «machen» oder was mit Dokumenten «gemacht wird»).³² Wohlge-merkt sind diese beiden Ebenen des Textes und der Performanz, des Sagens und

28 Zum Zusammenhang von Dokumenten und Meetings vgl. Brown, Hannah; Reed, Adam; Yarrow, Thomas: Introduction: Towards an Ethnography of Meeting. In: Journal of the Royal Anthropological Institute 23/S1 (2017), S. 10–26, hier S. 19.

29 Zenker, Olaf: De-Judicialization, Outsourced Review and All-Too-Flexible Bureaucracies in South African Land Restitution. In: The Cambridge Journal of Anthropology 33/1 (2015), S. 81–96, hier S. 84.

30 Park/Bucholtz, Public Transcripts (Anm. 21), S. 485.

31 Diese Sichtweise wird aus verschiedenen Perspektiven demonstriert in Riles, Annelise (Hg.): Documents. Artifacts of Modern Knowledge. Ann Arbor 2006.

32 Vgl. hierzu Prior, Lindsay: Researching Documents: Emergent Methods. In: Sharlene N. Hesse-Biber, Patricia Leavy (Hg.): Handbook of Emergent Methods. New York 2008, S. 111–126, hier S. 112. Vgl. auch Prior, Using Documents (Anm. 17).

des Tuns, eng miteinander verwoben und situativ gewichtet. Tobias Berger hat in seinen Forschungen zum Rechtspluralismus in Bangladesch aufgezeigt, wie der Inhalt von Dokumenten in spezifischen Konstellationen unwichtig sein kann und vor allem das Dokument als Legitimitätserzeugendes Artefakt in den Mittelpunkt rückt.³³ Die Form des offiziell erscheinenden Dokumentes mit Siegel ist von grösserer Bedeutung als dessen Inhalt. In diesem Sinn erzeugt auch die Form von Dokumenten Legitimität als Teil von bürokratischen Regimen, in denen es ein Verlangen nach Transparenz und Dokumentation gibt.

Dazu gehört auch, dass Dokumente vielfach eine Eigenlogik haben, die über einen hohen Grad von Standardisierung darauf abzielt, Vergleichbarkeit herzustellen und diverse Kontexte und soziale Situationen für Institutionen und ihre Verwaltungsprozesse lesbar zu machen. So können über Vorgaben für die genaue Ausgestaltung von Dokumenten soziale Tatsachen in klassifikatorische Standards politischer Prozesse übersetzt werden. Ein Beispiel hierfür sind Anträge auf EU-Forschungsgelder für die Entwicklung des ländlichen Raumes, in denen Regionen versuchen, sich und ihre politischen Vorstellungen möglichst genau und positiv in die Förderlogiken der Europäischen Union zu übersetzen, um die Chancen auf Bewilligung zu erhöhen.³⁴ Standardisierte Dokumente sind erforderlich, wenn über sie politisches Handeln legitimiert werden soll.³⁵ Stephan Wolff versteht Dokumente in diesem Zusammenhang als «standardisierte Artefakte, insoweit sie typischerweise in bestimmten Formaten auftreten»,³⁶ also nicht nur in der äusseren Form (Schriftkopf, Gliederung etc.), sondern auch in der Art der Formulierungen und sprachlichen Registern Konventionen des jeweils gültigen Kontextes entsprechen.

Hierzu gehört auch die Frage, was in Dokumente einfließt und wie formell oder informell Dokumente gestaltet sind. Bei Verhandlungsprotokollen werden beispielsweise Begrüßungsfloskeln gekürzt, obwohl diese in vielen Fällen über ihre genaue Formulierung bereits auf die Positionen von Delegationen verweisen.³⁷ Zudem wird, trotz des mündlichen Vortrages von Statements, die Schriftform regelmässig bevorzugt. So werden bei den Verhandlungen über traditionelles Wissen und geistiges Eigentum im Rahmen der Vereinten Nationen USB-Sticks von Delegierten eingesammelt, um die verschriftlichte Digitalfassung von Statements in die Verhandlungsdokumentation einzufügen³⁸ – improvisierte Formulierungen oder Abweichungen werden somit nicht ins Protokoll aufgenommen. Die Verfügbarkeit

33 Siehe Berger, *Global Norms* (Anm. 3), S. 45.

34 Siehe Groth, Stefan; Sutter, Ove: Kulturelle Repräsentationen von «Region» in der gouvernementalen und kompetitiven Entwicklung ländlicher Räume. In: *Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 61 (2016), S. 225–245.

35 Abram, Simone: Contradiction in Contemporary Political Life: Meeting Bureaucracy in Norwegian Municipal Government. In: *Journal of the Royal Anthropological Institute* 23/S1 (2017), S. 27–44, hier S. 33.

36 Wolff, Stephan: Dokumenten- und Aktenanalyse. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Hg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek 2000. 502–513, hier S. 503.

37 Groth, *Negotiating Tradition* (Anm. 26), S. 59–67.

38 Vgl. Bendix, Regina F.: The Power of Perseverance. Exploring Negotiation Dynamics at the WIPO. In: Müller, *Gloss of Harmony* (Anm. 38), S. 23–49.

von Dokumenten in offenen Online-Archiven (in vielen Gremien der Europäischen Union und der Vereinten Nationen ist mittlerweile ein Grossteil der Dokumente öffentlich verfügbar) ist in diesem Sinn auch nicht mit einer Transparenz von politischen Prozessen gleichzusetzen: viele Treffen werden nicht dokumentiert, viele Dokumente werden klassifiziert und geheim gehalten und viele Entwurfspapiere zirkulieren nur intern. Der Formalitätsgrad von Dokumenten (Entwürfe, *proposals*, *white papers*, informelle Vermerke) ist ein weiterer Faktor, der den performativen Status von Dokumenten betrifft³⁹ und in die Analyse mit einbezogen werden muss. Diese Kategorisierung und Typisierung von Dokumenten ist deshalb ein wichtiger Punkt, weil zum Beispiel Entwürfe nur Ausschnitte aus Aushandlungsprozessen widerspiegeln, jedoch keinen Konsens und keine Einigung – für sie gelten entsprechend andere Regeln der Interpretation als für einstimmige Beschlüsse oder Strategiepapiere.

Daran schliesst die Zirkulation von Dokumenten auf unterschiedlichen Ebenen an. Zunächst sind Dokumente für Organisationen und politische AkteurInnen nützlich, um den Informationsfluss zwischen verschiedenen Orten und Gruppen sicherzustellen.⁴⁰ Jenseits einer solchen informativen Funktion können AkteurInnen in lokalen Kontexten Dokumente aus multilateralen Verhandlungen jedoch auch nutzen, um Argumente zu stärken⁴¹ und politische Prozesse zu beeinflussen. Daher kommt es in der Dokumentenanalyse nicht nur darauf an, zu fragen, was AutorInnen eines Textes durch ihre Formulierungen zum Ausdruck bringen wollen, sondern auch darauf, aufzuzeigen, was ein Dokument in einer spezifischen Situation sein kann, welche Funktionen es also jenseits der Intendiertheit in politischen Kontexten erfüllt. Dazu gehört es zu beleuchten, wie Dokumente von unterschiedlichen AkteurInnen genutzt und verstanden werden. Ein solcher Perspektivwechsel weg von möglichen Absichten oder Interessen von VerfasserInnen hin zu den Interpretationen der unterschiedlichen Rezipientengruppen von Dokumenten kann hilfreich sein, um deren performative Wirkmacht in politischen Prozessen besser untersuchen zu können.

Der Blick auf den spezifischen Umgang mit Dokumenten ergänzt diese Perspektive: nicht immer werden Dokumente auch von AkteurInnen gelesen, die auf sie Bezug nehmen. Das kann daran liegen, dass sie bereits über deren generellen Inhalt informiert worden sind, ihn antizipieren⁴² oder er in spezifischen Situationen nicht von Bedeutung ist, sondern vor allem die Existenz des Dokumentes und seine Form selbst zählen. Angesichts der Fülle von Dokumenten, die zum Beispiel im Rahmen der Verhandlungen um traditionelles Wissen produziert werden, ist das selektive Lesen von Dokumenten sowie der Überblick darüber, welche Dokumente

39 Vgl. zur Diskussion der Beziehung von Formalität und Informalität in internationalen Verhandlungen Lamp, Nicolas: The Receding Horizon of Informality in WTO Meetings. In: Journal of the Royal Anthropological Institute 23/51 (2017), S. 63–79.

40 Bueger, Pathways (Anm. 1), S. 389.

41 Hierzu ausführlich Larsen, Peter Bille: The Politics of Technicality: Guidance Culture in Environmental Governance and the International Sphere. In: Birgit Müller (Hg.): The Gloss of Harmony. The Politics of Policy-Making within Intergovernmental Organizations. London 2013, S. 75–100.

42 Vgl. Abram, Contradiction (Anm. 35), S. 34.

für das jeweilige Setting relevant sind und welche nicht, eine wichtige Kompetenz von AkteurInnen. Ein solcher Umgang mit Dokumenten spiegelt sich auch in Annahmen darüber, was mit Dokumenten gemacht wird und wie sie gelesen werden. Annelise Riles hat darauf verwiesen, dass VerfasserInnen von Dokumenten die unterschiedlichen Nutzungsszenarien antizipieren und Dokumente entsprechend so gestalten, dass sie diesen vermuteten Lesarten gerecht werden.⁴³ So müssen knapp gehaltene und thesenartige Dokumente nicht auf eine mangelnde Tiefe der Beschäftigung mit einem Gegenstand hinweisen, sondern können Ausdruck einer Haltung sein, die ein Leser oder eine Leserin unter Zeitdruck annimmt.

Für den Umgang mit Dokumenten ist überdies die Frage entscheidend, welche Kompetenzen erforderlich sind, um zum Beispiel «documentation regimes» in Migrationsprozessen zu navigieren, also zu wissen, wann welche Dokumente erforderlich sind oder wann das Zurückhalten von Dokumenten angezeigt sein kann.⁴⁴ Anna Pinker führt in diesem Zusammenhang aus, dass mit Veränderungen politischer Situationen Dokumente von einem legitimierenden zu einem delegitimierenden Objekt werden können, ihr Status also abhängig ist von kontextuellen Faktoren.⁴⁵ Diese Aspekte verweisen darauf, dass «textually reductive approaches»⁴⁶ zur Erforschung von Dokumenten nicht geeignet sind, um die situierten Praktiken, sozialen Beziehungen und ethischen Komplexitäten,⁴⁷ in die sie eingebunden sind, angemessen zu untersuchen. Die sozialen Funktionen von Dokumenten im Alltag von Organisationen und anderen Gremien in politischen Prozessen erfordern entsprechend auch den Einbezug von performativen Faktoren in der Dokumentenanalyse.

Sprachlichkeit

Ein weiterer Aspekt der Dokumentenanalyse sind Schwierigkeiten bei der Interpretation sprachlicher Äusserungen aufgrund ihrer Ambiguität. So kann Terminologie in Dokumenten auf unterschiedliche Art interpretiert, strategisch verwendet oder mit Intention in spezifischen Interessenkonstellationen genutzt werden. Das hat Einfluss auf Fragen nach der Rechtssicherheit und juristischen Interpretation von Begriffen, aber auch strategische und ideologische Implikationen. Begriffe können

43 Vgl. zum Einfluss solcher Annahmen von Lesarten Riles, Annelise: Outputs: The Promises and Perils of Ethnographic Engagement after the Loss of Faith in Transnational Dialogue. In: *Journal of the Royal Anthropological Institute* 23/S1 (2017), S. 182–197, hier S. 194.

44 Siehe Tuckett, Anna: Strategies of Navigation: Migrants' Everyday Encounters with Italian Immigration Bureaucracy. In: *The Cambridge Journal of Anthropology* 33/1 (2015), S. 113–128, hier S. 120–123.

45 Pinker, Annabel: Papering Over the Gaps: Documents, Infrastructure and Political Experimentation in Highland Peru. In: *The Cambridge Journal of Anthropology* 33/1 (2015), S. 97–112, hier S. 109–110.

46 Ein solcher Ansatz wird unter anderem von den HerausgeberInnen einer Sonderausgabe des *Cambridge Journal of Anthropology* zur Ethnografie von Meetings kritisiert. Siehe Brown/Reed/Yarrow, *Ethnography of Meeting* (Anm. 28), S. 22.

47 Weisser verweist darauf, dass Dokumente Produkte von organisationellen Praktiken sind, diese aber gleichzeitig beeinflussen und damit Teil soziopolitischer Aushandlungsprozesse sind. Vgl. Weisser, Florian: Practices, Politics, Performativities: Documents in the International Negotiations on Climate Change. In: *Political Geography* 40 (2014), S. 46–55.

möglichst offen oder unscharf gehalten werden, um unterschiedliche Sichtweisen abzubilden und in politischen Prozessen Flexibilität beizubehalten. Ein Beispiel hierfür ist die Kulturpolitik der Europäischen Union, bei der sich in Dokumenten keine klare Definition des Umfangs von «Kultur» finden lässt. Dies ermöglicht einen hohen Grad an Flexibilität in der politischen Ausgestaltung der Kulturpolitik: Wenn nicht eindeutig definiert ist, welche Elemente zur Kulturpolitik gehören, dann können sehr unterschiedliche Projekte und Interessen in diesem Bereich realisiert werden.⁴⁸ Zum anderen kann aber auch eine klare Definition von Begriffen in Dokumenten genutzt werden. Im Rahmen von multilateralen Verhandlungen über Kultur und geistige Eigentumsrechte werden beispielsweise Arbeitsdefinitionen von «traditionellem Wissen» oder «traditionellen kulturellen Ausdrucksformen» von lateinamerikanischen Staaten als Grundlage für nationale Gesetzgebung referenziert.⁴⁹ Auf internationaler Ebene sind diese Definitionen nicht verbindlich und haben Entwurfscharakter; ihr Vorkommen in offiziellen Dokumenten ermöglicht jedoch ihre weitergehende Verwendung in anderen Kontexten. Die Ein- oder Mehrdeutigkeit von Sprache ist entsprechend nicht nur für den spezifischen Entstehungskontext von Dokumenten von Bedeutung, sondern ebenso für andere räumliche und zeitliche Settings.

Dabei sind Ambivalenz, Ambiguität und Vagheit Schlüsselcharakteristika von Sprache in multilateralen Settings und internationalen Verhandlungen,⁵⁰ aber auch generell von politischen Kontexten. Eine Interpretation von Sprechakten und von Dokumenten als Produkte von Sprechakten und anderen Prozessen der Verschriftlichung erfordert ein Wissen über sprachliche Register und Stile sowie über Regeln der Interpretation in den Entstehungskontexten. Beide sind überaus variabel: ein mündliches und anschliessend verbatim verschriftlichtes Statement einer NGO in Verhandlungsprotokollen unterliegt anderen Regeln der Interpretation als ein ratifizierter völkerrechtlicher Vertrag, in dem sprachliche Präzision von grosser Wichtigkeit ist. Um diesen unterschiedlichen Settings angemessen gegenüberzutreten, ist es aus methodischer Perspektive notwendig, sprachliche Äusserungen zu kontextualisieren und ihre Entstehungskontexte inklusive der in ihnen gültigen Regeln der Interaktion und Interpretation⁵¹ mit in die Analyse einzubeziehen. Es ergeben sich zwei Implikationen: Zum einen kann eine Ethnografie von Entstehungskontexten solche sprachlichen Aspekte im Sinn einer Kommunikationsethnografie mit einbeziehen und reflektieren, also zum Beispiel auf übliche Konnotationen und Denotationen von Termini achten, häufiger vorkommende Formulierungen auf ihre Implikationen überprüfen und sprachliche Ambivalenz und Flexibilität über Gespräche mit DiplomatInnen, BürokratInnen oder anderen AkteurInnen ergründen. Hierzu gehört insbesondere die Nachverfolgung der Begriffsverwendung

48 Vgl. Groth/Bendix, *Culture as a Flexible Concept* (Anm. 8), S. 329–331.

49 Vgl. Groth, *Negotiating Tradition* (Anm. 26), S. 40.

50 Vgl. Groth, *Negotiating Tradition* (Anm. 26), S. 169–170.

51 Vgl. für eine Einführung zu «norms of interpretation and interaction» aus kommunikationsethnografischer Perspektive: Hymes, Dell: *Foundations of Sociolinguistics: An Ethnographic Approach*. Philadelphia 1986, hier S. 54.

zwischen unterschiedlichen Organisationen und Kontexten, um unterschiedliche Verwendungen und Lesarten offenlegen zu können: gibt es, um auf das Beispiel der EU-Kulturpolitik zurückzukommen, also zwischen verschiedenen Gremien der EU ein gemeinsames Verständnis, was «Kultur» jeweils bezeichnen soll? Wie sind Unterschiede spezifisch ausgestaltet? Und: Nehmen Strategiepapiere Bezug auf frühere *policy*-Papers, Berichte über Gremiensitzungen oder Definitionen von Termini in regionaler oder nationaler Gesetzgebung?

Jenseits einer solchen Kontextualisierung ist methodisch ein Bewusstsein für sprachliche Aspekte und entsprechende Vorsicht bei der Analyse und Deutung von Dokumenten aus politischen Prozessen angezeigt. Bueger führt für eine praxeografisch orientierte Politikwissenschaft aus, dass diese im Gegensatz zur Diskursanalyse Dokumente nicht als «monuments of discourse»⁵² betrachtet, sondern als Hilfsquelle, wenn sprachliche und körperliche Praktiken nicht direkt beobachtet werden können. Nicht der Text des Dokumentes steht damit im Vordergrund, sondern dessen Beziehung zu körperlichen oder sprachlichen Performanzen, die soweit möglich empirisch erschlossen werden sollten. Dokumente eignen sich entsprechend in Forschungsfeldern als Quelle, in denen direkte Beobachtungen unter erschwerten Bedingungen getätigt werden. Wenn eine methodische Triangulation mit anderen Formen der Datengeneration nicht möglich ist (Bueger nennt den Terrorismus als Beispiel für ein solches Forschungsfeld), dann gelten die entsprechenden Einschränkungen bezüglich ihrer Aussagekraft. Massgeblich für politische Felder ist sicherlich die Mehrdeutigkeit und Offenheit von Begriffen und Konzepten, die, wie Mikhail Bakhtin es ganz grundsätzlich für Sprache formuliert, von den Intentionen unterschiedlicher AkteurInnen «overpopulated» ist: «Language is not a neutral medium that passes freely and easily into the private property of the speaker's intentions; it is populated – overpopulated – with the intentions of others. Expropriating it, forcing it to submit to one's own intentions and accents, is a difficult and complicated process.»⁵³

Insbesondere dort, wo Sprache strategisch und mit Blick auf ihre Wirkung bei unterschiedlichen Publika, auf ihre Verbindlichkeit und auf ihre Konnotationen zum Einsatz kommt, kann nicht von ihrer Neutralität ausgegangen werden – dies bezieht sich wohlgerne nicht nur auf ihre Verwendung, sondern auch auf ihre Analyse. Wie der Versuch, eigene «Intentionen» und «Akzente» über Sprache zu vermitteln, ein komplizierter Prozess ist, so erfordert der Versuch der Entschlüsselung Dekonstruktionsleistungen. Diplomatische und politische Sprache ist indirekt und enkodiert. Die Intentionen hinter spezifischen Wendungen oder Formulierungen sind nicht einfach zugänglich, da sie in vielen Fällen nicht direkt geäußert oder verschleiert werden. Sie müssten entsprechend aus dem Kontext ihrer Entstehung heraus deduziert werden. Hier wird deutlich, dass die Analyse von Dokumenten in Methodentriangulationen nicht nur hilfreich sind, um soziale Praktiken

52 Bueger, Pathways (Anm. 1), S. 389.

53 Bakhtin, Dialogic Imagination (Anm. 13), S. 294.

und Prozesse besser zu verstehen,⁵⁴ sondern dass teilnehmende Beobachtungen, qualitative Interviews und andere Methoden ebenso dazu genutzt werden können, um Inhalt und Konstruktion von Dokumenten als Resultate politischer Prozesse interpretieren zu können. Eine Analyse von Ambiguität und Vagheit als Vorbedingung für Dokumentenanalysen kann dabei das Vorkommen von Konflikten, die Erzeugung von Konsens oder die Beschaffenheit von Strukturen beleuchten. Wenn also Dokumente, die aus Verhandlungen oder politischen Prozessen resultieren, vage und ambivalent sind, dann sagt dies etwas über die Beschaffenheit der sozialen Interaktionen in den Entstehungskontexten aus. Anstatt also zu versuchen, gerichtete Intentionen oder kohärente Strategien hinter mehrdeutigen Statements in Dokumenten abzulesen, sollten Inkohärenzen und Ambivalenzen als Möglichkeit begriffen werden, institutionelle Dynamiken und Aushandlungen des Sozialen bei der Produktion von Dokumenten zu untersuchen.

Fazit

Dokumente haben multiple Bedeutungen. Sie kondensieren verschiedene Interpretationen, Strategien und Interessen. Damit sind sie Ausdruck offenen und ambivalenten Konsenses, von Unentschiedenheit oder Konflikt. Sie bringen unterschiedliche Stimmen und Lesarten zusammen. Der Versuch, über Dokumentenanalysen eindeutige Absichten und Strategien abzulesen, muss in den meisten Fällen scheitern. Notwendig für ein Verständnis von Dokumenten ist eine Fokusverschiebung weg vom Text und hin zu kontextuellen, pragmatischen und performativen Aspekten der Aushandlung, Produktion, Zirkulation und Rezeption von Dokumenten. David Mosse spricht sich in diesem Zusammenhang auch für eine «Soziologie des Dokumentes»⁵⁵ aus, um eine positiv-idealistische Lesart von Dokumenten zu umgehen.

Die in diesem Beitrag ausgeführten Aspekte sprechen für ein Verständnis von Dokumenten als Ergebnis komplexer Verhandlungsprozesse mit divergierenden Sichtweisen und Strategien, in denen nicht notwendigerweise direkte und eindeutige Programme oder Interessen formuliert werden – auch dann nicht, wenn es sich bei den betreffenden Dokumenten beispielsweise um rechtlich verbindliche Konventionen handelt. Ich habe argumentiert, dass Dokumentenanalysen diese Faktoren berücksichtigen müssen, um die «sozial organisierte[n] Praktiken der Produktion und Rezeption» von Dokumenten⁵⁶ nicht zu vernachlässigen. Dies hat einen Einfluss darauf, wie Dokumentenanalysen im Kontext internationaler Institutionen und anderer politischer Kontexte durchgeführt werden können. Für den Umgang mit Dokumenten aus politischen Prozessen und auch darüber hinaus ergeben sich die folgenden Konsequenzen: Die Entstehungskontexte von Dokumenten

54 So etwa Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Weinheim 2002, hier S. 46–50.

55 Mosse, David: Cultivating Development: An Ethnography of Aid Policy and Practice. London 2010, hier S. 15.

56 Wolff, Dokumenten- und Aktenanalyse (Anm. 36), S. 505.

müssen berücksichtigt werden, da sie sich auf Interpretation von und Interaktion mit Dokumenten auswirken. Erst über ihre ethnografische Erforschung können die Modalitäten der Produktion von Dokumenten und daraus resultierende sprachliche Besonderheiten und strategische Überlegungen nachvollzogen werden. Es ist entsprechend nach den Entwurfs- und Produktionspraktiken von Dokumenten zu fragen, nach beteiligten AkteurInnen und nach den konkreten Situationen, in denen Dokumente verhandelt, formuliert oder zusammengestellt werden. Dazu gehören Kriterien der Angemessenheit ebenso wie Interaktionsnormen: die Kontexte, in denen sprachliche Äusserungen entextualisiert werden, weisen unterschiedliche Regeln auf, welche Themen und Forderungen wie, wann und von wem angesprochen werden können. Wenn Dokumente als isolierte Quellen betrachtet werden, geraten solche kontextuellen Faktoren ebenso aus dem Blick wie die unterschiedlichen Funktionen, die sie haben können: Welchen rechtlichen und politischen Status haben Dokumente, für welche Zielgruppen sind sie verfasst? Handelt es sich um Berichterstattungen, um Einschätzungen und Abwägungen von ExpertInnen oder um verbindliche Übereinkommen oder Verträge, die mit rechtlichen oder finanziellen Konsequenzen verbunden sind? Diese Faktoren haben Einfluss darauf, wie Dokumente interpretiert werden können und was mit ihnen erreicht werden kann: ein rechtlich bindendes Abkommen unterliegt anderen Regeln der Interpretation als beispielsweise ein Sitzungsprotokoll, das vor allem informativen Charakter hat. Formulierungen in Dokumenten können zudem sprachliche Ambivalenzen aufweisen. Insbesondere in politischen Kontexten finden sich oftmals vage und indirekte Begriffe und Ausführungen, die unterschiedlich interpretiert werden können. Diese Mehrdeutigkeit kann gewollt sein, wenn sich die AutorInnen eines Dokumentes zum Beispiel nicht festlegen wollen oder es unterschiedliche Sichtweisen in Bezug auf den Gegenstand des Dokumentes gibt. Das heisst insbesondere, dass sich aus Dokumenten nicht ohne Weiteres Intentionen, Absichten oder Ziele ablesen lassen. Gerade in politischen Prozessen kommt es häufig vor, dass Dokumente mehrdeutig und unverbindlich formuliert werden. Aus einer Betonung spezifischer Werte oder Ziele – wie zum Beispiel die Förderung des Zusammenhaltes in der Europäischen Union über kulturpolitische Massnahmen oder der Umweltschutz durch striktere Auflagen für die Industrie – lässt sich entsprechend nicht die Absicht ablesen, diese Ziele auch umzusetzen. Dies alles sind Aspekte, die zur Komplexität von Dokumenten in politischen Prozessen beitragen und die beim Umgang mit ihnen berücksichtigt werden müssen. Für Felder, in denen die Entstehungskontexte von Dokumenten nicht erforscht oder nicht rekonstruiert werden können, folgt daraus, dass Dokumente nur eine begrenzte Aussagekraft haben und Folgerungen über Intentionen und kohärente Strategien nur schwer möglich sind.

